



**Interview
mit Bundesminister
Dr. Thomas de Maizière, MdB**

zu seinem baldigen Ausscheiden aus dem Amt

**„Ich brauche kein Ministeramt
mehr aus Karrieregründen“**

**Montag, 26.02.2018
Frankfurter Allgemeine Zeitung**

(Das Interview führten: Jasper von Altenbockum und Eckart Lohse)

Sie werden der nächsten Bundesregierung nicht angehören, Herr de Maizière. Hatten Sie keine Lust mehr, um ein Amt zu kämpfen?

„In ein Regierungsamt wird man berufen. Oder eben nicht. Mit Interviews, für ein Amt zu kämpfen, ist jedenfalls nicht meine Sache.“

Sie hätten ja auch ohne Interviews kämpfen können.

„Ich habe der Bundeskanzlerin nach der Wahl gesagt, dass ich für das Amt des Innenministers zur Verfügung stehe.“

Damit war klar, dass sie andere Ämter nicht anzusprechen braucht.

„Ja.“

Warum haben Sie sich so auf das Innenministerium festgelegt?

„Ich bin seit mehr als 27 Jahren in Regierungsverantwortung. Acht Jahre Staatssekretär, sieben Jahre Landesminister und mehr als zwölf Jahre Bundesminister. Ich habe eine Reihe unterschiedlicher Ressorts geleitet. Jetzt bin ich 64 Jahre alt und bin stolz darauf, an so unterschiedlichen Stellen Verantwortung für mein Land tragen zu dürfen. Ich brauche kein Ministeramt mehr aus Karrieregründen. Deswegen richtete sich mein Ehrgeiz ausschließlich auf die Fortsetzung einiger Projekte, die ich als Bundesinnenminister begonnen hatte. So habe ich gesagt: dieses Amt oder keines.“

Zu welchem Zeitpunkt der Verhandlungen über eine große Koalition war Ihnen klar, dass Sie nicht wieder Bundesinnenminister werden würden?

„Erst ganz zum Schluss, am Morgen der Einigung. Ich habe die Konsequenzen für mich dann umgehend öffentlich mitgeteilt, weil ich nicht zum Gegenstand von Spekulationen werden wollte.“

Nach der Wahl 2013 mussten Sie zurück ins Innenministerium, weil Angela Merkel das Verteidigungsressort an Ursula von der Leyen gegeben hat. Müssen Sie dieses Mal Horst Seehofer weichen, der Ihr Nachfolger werden soll?

„Es war damals so, wie Sie sagen. Aber ich habe das Amt des Innenministers sehr gerne, schnell und mit ganzer Kraft wieder angenommen und mich hier sehr wohl gefühlt. Ich habe im Nachhinein sogar das Gefühl, ich wäre im Verteidigungsressort vielleicht nicht mehr recht glücklich geworden. Insofern war es eine kluge Entscheidung der Bundeskanzlerin, für mich einen Positionswechsel vorzunehmen. Jetzt wollte die CSU das Innenressort und hat es bekommen. Das ist ein normaler Vorgang im Rahmen von Koalitionsverhandlungen. Falls die SPD-Mitglieder einer großen Koalition zustimmen, wird der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer mein Nachfolger werden. Ich wünsche ihm vollen Herzens viel Erfolg.“

Künftig soll das Innenministerium deutlich mehr Kompetenz erhalten: Bauen soll hinzukommen und das Thema Heimat. Finden Sie das gut?

„Das deutsche Innenministerium ist jetzt schon extrem groß, vergleichbar nur noch mit dem britischen. Ein so großes Haus zu führen hat mich voll und ganz, mit Haut und Haaren gefordert. Gerade in den letzten vier Jahren mit der Flüchtlingskrise, der anhaltend hohen Terrorgefahr und dem immer wichtiger werden Thema der IT-Sicherheit. Dass Bauen und Heimat zwar irgendwie zum Zusammenhalt der Gesellschaft gehören, ist auch wahr. Der Innenminister ist eben gerade nicht nur für innere Sicherheit zuständig, sondern auch für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das war mir immer wichtig. Aber es muss handhabbar sein. Bei der geplanten Ausweitung könnte es schwierig werden, das hin zu bekommen. Ich jedenfalls hätte mir diese Breite des Ressorts, wie die CSU sie anstrebt, nicht zugetraut.“

Die Innenminister der Bundesrepublik waren fast ausnahmslos Juristen. Horst Seehofer ist das nicht. Ist es sinnvoll, dass ein Innenminister Jurist ist, am besten Volljurist?

„Ich gebe zu: Es gibt eine gewisse Überheblichkeit der Juristen, auch im Innenministerium, dass nur sie dort bestehen könnten. Das ist nicht angemessen angesichts der Themenvielfalt, die zu bewältigen ist. Wir sind hier zwingend auf die Expertise anderer Fachrichtungen angewiesen. Wir haben ja derzeit auch eine Staatssekretärin, die Historikerin und einen Staatssekretär, der IT-Fachmann ist. Aber vorsichtig und zurückhaltend ausgedrückt, ist es für einen Verfassungsminister doch sehr hilfreich, wenn er Jurist ist.“

**Ist das Thema Heimat nicht viel besser in den Bundesländern aufgehoben?
Warum muss der Bund das an sich ziehen?**

„Heimat ist ja zunächst etwas sehr Persönliches.. Menschen leben in ihrer Heimat, freuen sich daran, trauern um deren Verlust oder sind froh über die Rückkehr in die Heimat. Der Staat schafft diese Heimat nicht, sondern er stellt allenfalls Rahmenbedingungen her, innerhalb derer die Menschen sich ihre Heimat schaffen. Gleichwohl hat der Bund eine Rolle, aber die muss immer subsidiär sein. Wir haben etwa die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Länder eine Wohnsitzauflage erlassen dürfen. So soll vermieden werden, dass Flüchtlinge sich verstärkt in bestimmten Gegenden niederlassen und dort die Gesellschaft dann in ihrer Integrationsfähigkeit überfordert wird. Einerseits ist das schlichte Raumordnungspolitik. Andererseits schafft das eine Bedingung dafür, dass die Menschen sich in ihrer Heimat weiterhin wohlfühlen.“

Sie haben den Koalitionsverträge mitverhandelt. Auch in der CDU wird er kritisiert, vor allem wegen der Ressortverteilung, aber auch wegen einiger Inhalte. Was davon finden Sie nachvollziehbar?

„Ich will mit etwas beginnen, was mich ärgert: Vor dem Beginn der Verhandlungen hieß es, das Allerwichtigste für die Bevölkerung und die Union seien die Asylpolitik und die innere Sicherheit. Das haben wir im Sinne der Union ziemlich gut verhandelt. Da ist zwar keine Kritik zu hören aus der Union, aber auch kein Wort der Anerkennung. Es gibt auch in der Union eine Neigung, sich auf das zu stürzen, was einem gerade nicht gefällt. Das finde ich etwas unterkomplex, um es vorsichtig zu sagen. Was die Wirtschafts- und Finanzpolitik angeht: Wir bleiben auf Stabilitätskurs, um den nachfolgenden Generationen keine neuen Schulden zu hinterlassen, und schaffen Erleichterung durch den Abbau des Solidaritätszuschlags. Das sind alles Erfolge der Union.“

Der "Soli" sollte aber doch schon lange ganz abgeschafft sein, und zu einer Steuerreform hat sich die Koalition wieder nicht durchringen können – trotz sprudelnder Einnahmen. Warum nicht?

„Eine Steuerreform ist nicht an uns gescheitert, sondern am Widerstand der Länder. Sie wollen nicht, dass ihr Anteil an der Einkommenssteuer schrumpft.“

Wenn in der Union Einigkeit darüber herrschte, dass das Thema Migration "das" Thema ist: Warum wurde es im Koalitionsvertrag nicht weiter nach vorne gestellt, prominenter präsentiert, um ein Zeichen zu setzen?

„Wo etwas im Koalitionsvertrag steht, ist doch wirklich nicht entscheidend. Richtig ist aber, dass es auf dem Weg zur Wahl eine Belastung war, dass CDU und CSU so lange gebraucht haben, um sich zu einigen. Das haben wir dann zwar danach hinbekommen. Aber wir hätten das früher machen und das Thema im Wahlkampf aktiver ansprechen müssen. Das hätte uns genutzt, da bin ich mir sicher.“

Hätten Sie damit dem Eindruck noch korrigieren können, es habe mit der Flüchtlingsbewegung einen "Kontrollverlust" gegeben?

„Es hat keinen Kontrollverlust gegeben. Die organisatorischen Leistungen zur Aufnahme und Verteilung von – täglich! - bis zu 10 000 Flüchtlingen sind das Gegenteil von Kontrollverlust. Ich habe gerade aus dem Ausland oft die Einschätzung gehört, dass zu so etwas nur Deutschland in der Lage sei. Ich habe seit dem Sommer 2015 fast täglich mit meinen Kollegen aus den Bundesländern darüber gesprochen, wie wir Obdachlosigkeit vermeiden können. Das ist bekanntlich gelungen. Anders als anderen Staaten.“

Sie würden also sagen: Sie wissen nicht, was man anders hätte machen sollen, um Frau Merkel zu zitieren?

„Natürlich gab es auch Dinge, die nicht gelungen sind. Die Registrierung und der Austausch von Informationen funktionierten nicht so, dass wir von Anfang an jederzeit wussten, wer wo ist. Das war wirklich schlecht. Aber rechtlich war das der Stand der Dinge. Wenn ich vor der Flüchtlingskrise gefordert hätte, dass alle Behörden jederzeit auf alle Daten von Asylbewerbern zugreifen können, dann wäre das mit Abscheu und Empörung zurückgewiesen worden. Und auch technisch war es doch anfangs unmöglich, dass - beispielsweise - die Stadtverwaltung in Dortmund sofort prüfen konnte, ob sich jemand schon in Stuttgart hatte registrieren lassen. Wir haben innerhalb von wenigen Monaten die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen, ein Kerndatensystem für einen solchen Austausch zu etablieren. Das ist doch kein Zeichen von Kontrollverlust, sondern ein Beleg für die Handlungsfähigkeit des Staates!“

Erwarten die Menschen zu viel vom Staat und von der Bürokratie?

„Nein. Ich verstehe beispielsweise, dass Klage darüber geführt wird dass der Staat häufig erst in der Krise die Kraft aufbringt, um große Reformen durchzusetzen. Allerdings hat er sich dann auch als lernfähig erwiesen. Das haben wir bei der Bankenkrise erlebt, bei der Eurokrise und auch bei der Flüchtlingskrise. Wenn ein Problem im kleinen Umfang auftaucht, ist der Rechtsstaat handlungsfähig. Wenn es plötzlich eine riesige Dimension gibt, hat er ein Problem. Deshalb sprechen Kommentatoren von Kontrollverlust oder Staatsversagen. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen: Wie schalten wir schneller um von Normalzustand auf Ausnahmebetrieb? Müssen wir so etwas wie „atmende Behörden“ schaffen, die in Krisenzeiten ihren Personalbestand schnell vergrößern können? Mit so etwas wie behördeninternen Reservisten. Für Hochwasser oder Epidemien haben wir Krisenstäbe. Aber für große administrative Herausforderungen haben wir das nicht. Ich denke, wir müssen aus den drei Krisen, die ich genannt habe, lernen, so etwas aufzubauen.“

Viele Wähler hatten nicht den Eindruck, dass es keinen Kontrollverlust gab. Die AfD ist das Ergebnis. Ist das nun Ausdruck von Klugheit oder von Dummheit der Wähler?

„Die Bürger hatten schon den richtigen Eindruck, dass teilweise etwas falsch lief. Es kann eben nicht sein, dass sich ein Asylbewerber in Stuttgart registriert und Geld bekommt, anschließend nach Dortmund fährt, sich unter anderem Namen noch einmal registriert und wieder Geld bekommt. Das war nicht in Ordnung – aber, dass dies möglich war, war letztlich eine Konsequenz der Rechtslage. Und auch technisch waren wir eben noch nicht darauf eingestellt. Der Begriff „Kontrollverlust“ ist bei diesem Befund aber völlig unzutreffend. Ich war im Übrigen einer der Ersten, die das Problem öffentlich angesprochen haben – Ergebnis war ein riesiger Shitstorm.“

Ist damals etwas kaputtgegangen in unserer Gesellschaft?

„Ich hoffe nicht. Und es gibt Grund für diese Hoffnung: Das Ausmaß an Hilfsbereitschaft war doch eine großartige Sache. Das werde ich nicht vergessen. Damit meine ich nicht zuerst die Leute, die am Münchner Hauptbahnhof bei der Ankunft der Flüchtlinge geklatscht haben. Ich meine die Leute, die anschließend,

dafür gesorgt haben, dass die Leute versorgt werden. Außerdem: Es ist selten so viel über Politik geredet worden wie seit 2015. An jedem Küchentisch, in jedem Freundeskreis, an jedem Arbeitsplatz. Mit bitterem Streit über Fragen wie: Was können wir verkraften? Was wollen wir? Wer sind wir? Wie stehst Du zur AfD? Was heißt Überfremdung? Was ist Heimat? Diese Politisierung tut einer Demokratie gut.“

Das ist auch im Bundestag angekommen. Tut ihm das gut?

„Das werden wir mal sehen. Meines Erachtens reagieren wir noch zu sehr auf Provokationen der AfD, die das deshalb auch gezielt ausnutzt. Das gilt auch für die Medien.“

Sind Ihre Beiträge zur "Leitkultur" das unausgesprochene Eingeständnis, dass es gesellschaftlich einen Kontrollverlust gibt? Haben wir angesichts vermehrter Einwanderung noch Einfluss darauf, wie und wohin sich unsere Gesellschaft entwickelt?

„Mit der Frage der Wirkmacht der Politik sind wir zum ersten Mal in der Finanzkrise konfrontiert worden. Da haben wir uns in der Regierung, aber auch alle anderen Menschen im Land haben sich gefragt: Wer hat eigentlich das letzte Wort? Die Banken oder die Politik? Hat man überhaupt noch einen politischen Gestaltungsspielraum? Das gilt auch für die Migration. Lässt sie sich überhaupt steuern? Ähnlich ist es mit der Digitalisierung. Lässt sich das politisch noch regeln oder kommt das einfach über uns? Die Frage ist also berechtigt, ob der Staat noch die Macht hat, die Gesellschaft zu gestalten. Rückblickend würde ich aber mit großer Überzeugung sagen, dass die Antwort jeweils ein klares Ja ist. Absolut inakzeptabel ist allerdings, wenn große internationale Informationskonzerne sagen: Diesen Anspruch des Staates lassen wir für uns nicht gelten, wir entziehen uns nicht nur einzelstaatlichem, sondern auch internationalem Recht.“

Soll der Staat denn die Gesellschaft überhaupt organisieren? Widerspricht das nicht liberalem Denken?

„Selbstverständlich muss der Staat gestalten und organisieren. Deshalb haben wir nicht einfach eine Marktwirtschaft, sondern die Soziale Marktwirtschaft. Freiheit ist das Allerwichtigste. Wenn aber Freiheit sich selbst zu zerstören droht oder einzelne

Gesellschaftsgruppen übermäßig benachteiligt, hat der demokratische Rechtsstaat die Aufgabe, zu ordnen, Grenzen zu setzen, ohne dass dabei Freiheit erstickt wird. Freiheit braucht Ordnung.“

Härter als "Kontrollverlust" ist der Vorwurf "Staatsversagen". Drückt sich darin auch die Verachtung seiner Institutionen aus?

„Die Institutionen, nicht nur die staatlichen, auch die öffentlich-rechtlichen und die privaten, sind lange Zeit vielleicht zu wenig hinterfragt worden. Jetzt sind wir aber in der Gefahr, dass Institutionen als solche verächtlich gemacht werden. Das hängt aber auch vom Verhalten des Führungspersonals ab. Das gehört zur Aufrechterhaltung der Glaubwürdigkeit von Institutionen zwingend dazu. Wenn man vom Sport bis zur Industrie, von den Kirchen bis hin auch in die Politik den Eindruck haben muss, dass es das Führungspersonal selbst ist, das die Glaubwürdigkeit ihrer jeweiligen Institutionen untergräbt, darf man sich nicht wundern, dass Vertrauen in Institutionen zerstört wird. Führungspersonen sollten keine Ichlinge sein.“

Wen meinen Sie konkret?

„Ach, ich glaube, ich bin deutlich genug geworden.“

Sie haben eine lange politische Karriere hinter sich. Was haben Sie jetzt vor?

„Jetzt kommt erst einmal der SPD-Mitgliederentscheid. Ich rechne damit, dass er positiv ausgeht. Dann gibt es eine anständige Amtsübergabe. Ich bleibe Bundestagsabgeordneter.“

Was ist, wenn der SPD-Mitgliederentscheid nicht positiv ausgeht?

„Dann rate ich zu Neuwahlen. Die sind nicht leicht herbeizuführen. Aber das wäre der richtige Weg.“

Was spricht gegen eine Minderheitsregierung?

„Ein Blick in andere Demokratien zeigt, dass Minderheitsregierungen meistens nur dann funktionieren, wenn sie sich innerhalb politischer Lager bewegen, Mitte-links oder Mitte-rechts. Da ist es dann meist nur einen einziger kleiner Partner, der in

einer Koalition nicht mitmachen will. Wir hätten dagegen eine lagerübergreifende Situation. Da weiß keiner, wie das funktionieren soll.“

Wenn es zu Neuwahlen kommt: schon mit einer Spitzenkandidatin Kramp-Karrenbauer?

„Die Entscheidung ist jetzt nicht zu treffen.“

Sind sie zufrieden mit der Entscheidung, sie zur Generalsekretärin Ihrer Partei zu machen?

„Ja, ich bin froh darüber. Ich habe in Annegret Kramp-Karrenbauer schon lange eine derjenigen gesehen, die in der Lage sind, alle Spitzenämter zu übernehmen. Dass sie sich jetzt entschlossen hat, sich in diesem Amt sozusagen auf hohe See zu begeben, finde ich ganz großartig.“

Ist der CDU-Generalsekretär ein Spitzenamt?

„Früher gehörten Generalsekretäre zu den zwei, drei wichtigsten Politikern einer Partei. Faktisch waren sie die ersten Stellvertreter des Parteivorsitzenden. Das war in der CDU so, in der SPD auch, und in der FDP. Biedenkopf und Geißler für die CDU, Glotz für die SPD, Flach, Westerwelle, auch Lindner für die FDP sind die Namen, die einem dazu einfallen. Die Generalsekretäre der letzten Zeit waren in der Hackordnung ihrer Partei nicht mehr ganz oben. Interessant ist, dass das in allen Parteien so war. Die Folge war, dass die wichtigsten Politiker nach dem Parteivorsitzenden die Ministerpräsidenten und natürlich die Fraktionsvorsitzenden sind. Die CDU-Vorsitzende hat mit ihrer Personalentscheidung, den Posten des Generalsekretärs wieder in einen Rang gehoben, der früher in der CDU und in der SPD üblich war – und zudem mit jemandem besetzt, der den Stallgeruch der Länderfürsten hat. Das ist großartig. Außerdem: Annegret Kramp-Karrenbauer ist eine tolle Frau.“

Hilft es ihr, wenn sie jetzt als „Mini-Merkel“ oder „zweite Merkel“ bezeichnet wird?

„Ach, das sind Etiketten, die jetzt aufgeklebt werden. Sie ist eine ganz eigenständige Persönlichkeit und wird das auch ganz schnell beweisen.“

Ist das eine Vorentscheidung über den Parteivorsitz nach Merkel?

„Sie ist noch nicht einmal gewählt! Wenn sie an diesem Montag auf dem Parteitag in Berlin gewählt wird, fängt sie erst einmal an. Da muss man nicht jetzt schon über den nächsten Schritt nachdenken.“

Wie sieht für Sie die Zukunft aus? Fallen Sie jetzt in ein tiefes Loch?

„Nein. Es ist eine Mischung aus Abschiedsschmerz und Erleichterung. Wer in einer solchen Situation keinen Schmerz empfindet, der hat seinen Job nicht gut gemacht. Was aber das äußere Gepräge eines Ministeramts angeht, das habe ich lange genug gehabt. Da habe ich überhaupt nicht das Gefühl von Machtverlust.“